

Bündnis „Zukunft der Industrie“

Gemeinsame Erklärung der High-Level Group im Rahmen der Internationalen Industriekonferenz von BMWi und Bündnis am 07.02.2017 im Berliner Westhafen

Gemeinsam für ein wirtschaftlich starkes und soziales Europa!

Der Wohlstand in Deutschland hängt entscheidend von einer offenen Gesellschaft und offenen Märkten ab. Unsere Offenheit auf allen Ebenen ist eine tragende Säule unseres Gemeinwesens und unserer sozialen Marktwirtschaft. Vor fast zwei Jahren haben wir das Bündnis „Zukunft der Industrie“ gegründet. Unternehmensverbände, Gewerkschaften und Politik wollen gemeinsam Handlungsempfehlungen entwickeln, diskutieren und beschließen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer starken Industrie in Deutschland und Europa langfristig sichern. Ein Teil der Arbeit ist getan. Gleichzeitig verlangen die aktuellen Entwicklungen den weiteren gemeinsamen Einsatz.

Die Weltwirtschaft befindet sich im Wandel. Es muss uns gelingen, in der Globalisierung mehr inklusives Wachstum zu ermöglichen. Die Menschen müssen spüren, dass sie ihnen nutzt. Nur so schaffen wir mehr Akzeptanz. Und wir brauchen ein Mehr an internationaler institutioneller Kooperation, z.B. bei den Themen Digitalisierung, Klimaschutz oder Handel. Das geht nur gemeinsam. Anders lassen sich die globalen Aufgaben nicht lösen.

Die Notwendigkeit sich gemeinsam für eine starke Industrie und Wirtschaft in Europa einzusetzen, ergibt sich nicht nur aus den aktuellen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten und den Folgewirkungen des Brexits. Politische und ökonomische Renationalisierungsbestrebungen von Volkswirtschaften sind der falsche Weg.

Das deutsche Modell der Sozialpartnerschaft verkörpert ein erfolgreiches Modell sozialer Marktwirtschaft. Auch hierzu wollen wir uns als Bündnis „Zukunft der Industrie“ einbringen. Denn es ist klar: Unsere gemeinsame Forderung nach Reziprozität und Level-Playing-Field betrifft nicht nur die Investitions- und Handelsbedingungen, sondern auch die Stärkung der Sozialpartnerschaft.

Populistischen Strömungen in Deutschland und Europa erteilen wir eine klare Absage. Wir plädieren für eine Politik, die die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft verteidigt und die subjektive Ängste und Emotionen mit sicheren Arbeitsplätzen und auskömmlichen Verdiensten überwindet. Dafür wollen wir die Industrie Deutschlands stärken.

Das Bündnis sieht aktuell 6 zentrale Handlungsfelder:

1. Europa stärken - politisch und wirtschaftlich
2. Eine zukunftsorientierte Industriepolitik
3. Gemeinsam gegen Protektionismus
4. Verlässliche globale Handelsregeln aufrechterhalten
5. Gleichbehandlung beim Marktzugang einfordern
6. Weiter die Zusammenarbeit mit USA und VK suchen

Um auf globaler Ebene mit einer Stimme zu Handelsbedingungen und Reziprozität einzutreten, müssen wir die Bemühungen für ein geeintes Europa mit mehr Wachstum verstärken. Die Brexit-Verhandlungen werden konkrete Auswirkungen auf die europäische und deutsche Wirtschaft haben. Das Vereinigte Königreich hat angekündigt, den Weg eines harten Brexit gehen zu wollen und dabei nicht nur den gemeinsamen Binnenmarkt zu verlassen, sondern auch die Zollunion. Dies wird für die deutsche Industrie, aber auch für das Vereinigte Königreich schmerzhaft Auswirkungen haben. Es muss uns trotz dieser Entscheidung gelingen, die wichtige Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich auf eine zukunftsorientierte und stabile Grundlage zu stellen.

Unternehmen und ihre Beschäftigten verlassen sich auf das Versprechen eines einheitlichen Binnenmarktes mit offenen Grenzen im Schengenraum sowie einer gemeinsamen Währung ohne Wechselkursrisiken. Ein Zurück zu eigenen Währungen oder sogar zu nationalen Grenzen darf es nicht geben. Wir müssen erreichen, dass ein geeintes Europa - mit einem einheitlichen und starken und sozial ausbalancierten Binnenmarkt - für einen fairen und gerechten Austausch in der Welt eintritt und dies als starke Verhandlungsposition für einen fairen und offenen Welthandel einbringt. Für die 52 Millionen direkt und indirekt Beschäftigten in der europäischen Industrie ist es elementar, an den Grundfreiheiten des Binnenmarktes festzuhalten und gleichzeitig faire Rahmenbedingungen auch bei der Entsendung grenzüberschreitender Erwerbstätigkeit sicherzustellen.

Nur mit einer zukunftsorientierten Industriepolitik wird es möglich sein, im internationalen Wettbewerb unsere Wertschöpfung und hohe Beschäftigung am Standort Deutschland zu halten. Deshalb setzen wir uns für internationale Verbindlichkeit bei klima- und

energiepolitischen Zielsetzungen ein. Wirksamer Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir in Deutschland wirtschaftlich erfolgreich und international wettbewerbsfähig bleiben. Das gilt in Europa auch für die Reform des Emissionshandels. Abwanderung von Industrieanlagen und Investitionen durch einseitige Regeln darf es nicht geben.

Die effiziente Verbindung von Industrie und Klimaschutz basiert auf der notwendigen Planungssicherheit für die Unternehmen und dem gemeinsamen Verständnis, dass Umwelt-, Industrie- und Beschäftigungsziele austariert werden müssen. Im Ergebnis nützt das allen Beteiligten.

Wir, das Bündnis „Zukunft für Industrie“, begrüßen ausdrücklich die Chancen der Digitalisierung, der damit verbundenen neuen Geschäftsmodelle und Beschäftigungsmöglichkeiten. Wir werben für eine Bereitschaft in der Bevölkerung für den Wandel. Wir möchten eine Positivdiskussion um die Nutzung der Daten, d.h. es muss möglich sein, die mit „Big Data“ verbundenen Chancen zu nutzen. Wir müssen ein Umdenken von „Datensparsamkeit“ hin zur „digitalen Selbstbestimmtheit“ erreichen, bei der es eine höchstmögliche Entscheidungssouveränität einer Person/Organisation über die Verwendung gibt.

Wir brauchen dafür mehr Anstrengungen, um die bildungspolitischen Herausforderungen einer sich weiter durchsetzenden Industrie 4.0 zu bewältigen. Deshalb schlägt das Bündnis z.B. ein „Aktionsprogramm Berufsschule“ vor. Wir wollen die Berufsschulen zu Zentren der digitalen Bildung in Deutschland machen.

Durch die Digitalisierung entstehen neue Wertschöpfungsstrukturen und Geschäftsmodelle. Die Wettbewerbsintensität wird steigen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen müssen intensivere Forschungs- und Entwicklungsaktivität auf den Weg bringen. Wir fordern deshalb, die sofortige Einführung einer steuerlichen F&E-Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen als ersten Schritt jetzt endlich umzusetzen. Forschung und Innovation sind der Schlüssel für wirtschaftliches Wachstum und nachhaltige Beschäftigung in der Zukunft.

Unser Land zählt zu den Volkswirtschaften mit der höchsten Offenheit für ausländische Investitionen. Offene Märkte, freie Kapitalflüsse und Handel fördern die Innovationskraft und damit Wachstum und Wohlstand. Gerade für den Industriestandort Deutschland sind sowohl ausländische Direktinvestitionen als auch eine verstärkte Investitionstätigkeit in den

europäischen Ländern und der Bundesrepublik selbst wesentliche Treiber für den Erhalt der Wertschöpfung und die Sicherung unserer Industriearbeitsplätze.

Wir müssen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern stärker als bisher für ein wertebasiertes, offenes und faires Handelssystem auf globaler Ebene einsetzen. Gerade angesichts der jüngsten Entwicklungen besteht für Europa z.B. mit Asien, aber auch mit Lateinamerika viel Potenzial. Für die Gestaltung der Globalisierung in fairer und ausgewogener Weise bietet das CETA-Abkommen, nach Überzeugung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“, wichtige Fortschritte. Marktöffnung soll durch Arbeitnehmer-, Verbraucher- und Umweltstandards abgesichert, Investitionen sollen durch moderne Mechanismen gefördert und geschützt werden. Hohe Standards müssen auch in zukünftigen Handelsabkommen gesichert sein.

Diese Offenheit ist aber keineswegs mehr überall anzutreffen und wird aktuell sogar von maßgeblichen internationalen Akteuren in Frage gestellt. Es besteht die Gefahr, dass eine Spirale in Gang gesetzt wird, die nur schwer zu stoppen ist – und am Ende nur Verlierer kennt. Die Industrieunternehmen in Deutschland müssen sich mit immer neuen protektionistischen Maßnahmen rund um den Globus schon jetzt auseinandersetzen. Wir wollen in einer gemeinsamen Anstrengung mit der Politik den neuen Entwicklungen entgegenwirken, und zwar national, in Europa und international. Gerade mit den USA müssen wir auf allen Ebenen intensiv zusammenarbeiten.

Wir fordern von unseren internationalen Partnern, die die Vorteile unserer Offenheit schätzen und nutzen, gleiche Bedingungen beim Marktzugang in ihren Ländern zu gewährleisten. Auch unabhängig von neuen Handelsabkommen muss für einen fairen Austausch zwischen internationalen Partnern die Gleichbehandlung bei Investitions- und Wettbewerbsbedingungen erreicht werden.

Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, die Vorteile des internationalen Wirtschaftsaustauschs klarer zu kommunizieren und den Bürgern in den Zeiten des Wandels und des Umbruchs Orientierung zu bieten. Aktuelle protektionistische Maßnahmen sowie industriepolitische Interventionen zugunsten heimischer Produktion auch unter den G20-Staaten müssen unter deutscher Präsidentschaft bekämpft werden.